

Inhalt

2 Knapper Wohnraum: GdW-Präsident Axel Gedaschko fordert angesichts der Wohnraumverknappung in Ballungsregionen die Fortsetzung der sozialen Wohnraumförderung.

2 Steuerschätzung: Bund, Länder und Gemeinden können im Jahr 2012 und in den Folgejahren mit moderaten Steuermehreinnahmen rechnen.

4 Rekordjahr: Bayerische Wohnungsunternehmen investieren 2011 über 1,26 Milliarden Euro in den Neubau, die Modernisierung und die Instandhaltung.

Bundesrat lehnt Kürzung der Solarsubventionen ab und ruft Vermittlungsausschuss an

Berlin – Die Bundesländer haben das vom Bundestag im April 2012 verabschiedete Gesetz zur Kürzung der Solarförderung vorerst gestoppt. Mit einer Zweidrittelmehrheit (48 zu 69 Stimmen) riefen die von SPD, Grünen und Linken regierten Bundesländer sowie mehrere CDU-geführte Regierungen am 11. Mai 2012 den Vermittlungsausschuss an. Das Gesetz sieht unter anderem Reduzierungen der Fördermittel für Fotovoltaikanlagen von 20 bis mehr als 30 Prozent vor. Insbesondere die ostdeutschen Länder befürchten dadurch einen Niedergang ihrer Solarindustrie.



Foto: Bundesrat

Breiter Widerstand: Nicht nur die rot-grün regierten Bundesländer, sondern auch CDU-Regierungschefs aus Ostdeutschland lehnen die Kürzungspläne der Bundesregierung bei der Solarförderung ab.

„Die Bundesländer gefährden mit ihrem Beschluss leichtsinnig die Energiewende“, erklärte dazu der Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Thomas Bareiß**. „Wird die Fotovoltaik weiterhin überfördert, führt das zu einem grenzenlosen Zubau an Anlagen. Dies wiederum treibt die Strompreise nach oben und gefährdet die Versorgungssicherheit.“ Der umweltpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, **Michael Kauch**, kritisierte, dass die betreffenden Landesre-

gierungen „offenbar mehr an die Industrie-Lobby denken als an die Bürger, die bei der Solarförderung die Zeche zahlen“. Im Ergebnis werde die Stromrechnung für die Bürger steigen und die Branche über Monate durch eine Hängepartie verunsichert. „Der Bundesrat straft die Bundesregierung für ihre industriefeindliche Energiepolitik ab“, erklärte dagegen **Dirk Becker**, stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Spä-

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Mehr Menschen ziehen nach Deutschland

958.000 Personen sind im Jahr 2011 nach Deutschland zugezogen. Dies waren 160.000 Zuzüge mehr als im Jahr 2010 (+ 20 Prozent), wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Ergebnissen meldet. Zuletzt gab es eine solch hohe Zuwanderungszahl im Jahr 1996. Aus Deutschland fortzogen im Jahr 2011 insgesamt 679.000 Personen, 8.000 mehr als im Jahr 2010. Daraus ergibt sich für 2011 ein Wanderungsüberschuss von 279.000 Personen – der höchste Wert seit 1996. (wi)

Erfolge bei der energetischen Stadtsanierung

Das neue KfW-Programm Energetische Stadtsanierung ist bereits nach 6 Monaten Laufzeit ein Erfolg. Das erklärte die Sprecherin für Stadtentwicklung der FDP-Bundestagsfraktion Petra Müller. Der KfW lägen bereits eine Vielzahl von Anträgen von Kommunen vor. Ziel des Programms sind umfassende und lokal angepasste Investitionen in Punkte Energieeffizienz. (wi)

Bruttoinlandsprodukt steigt

Die deutsche Wirtschaft ist wieder auf Wachstumskurs: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im ersten Quartal 2012 gegenüber dem Vorquartal gestiegen um 0,5 Prozent gestiegen, teilt das Statistische Bundesamt mit. Im Schlussquartal 2011 hatte es mit – 0,2 Prozent den ersten kleinen Dämpfer für das deutsche BIP seit der Wirtschaftskrise 2009 gegeben. (wi)

➔ Fortsetzung von Seite 1

testens jetzt müsse die schwarz-gelbe Bundesregierung erkennen, dass sie mit ihren Kürzungsplänen eine ganze Zukunftsin-
dustrie samt tausender Arbeitsplätze aufs
Spiel setze. Zu den wichtigsten Korrekturen,
die im Vermittlungsausschuss an der
schwarz-gelben Solargesetzesnovelle nun
vorgenommen werden könnten, zählte
Hans-Josef Fell, Sprecher für Energiepolitik
der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/
Die Grünen, die Beibehaltung der differenzierten
Vergütungsklassen bei den Dachanlagen,
die Abschaffung des vorgesehenen
Vermarktungszwanges sowie die Vergütung
von großen Freiflächen über zehn Megawatt.
Dorothee Menzner, energiepolitische
Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE
LINKE, forderte die Bundesregierung auf,

die Kürzungspläne zurückzunehmen und
ein industriepolitisches Programm zur Stärkung
der heimischen Solarindustrie zu erarbeiten.

Der sächsische Ministerpräsident **Stanislaw
Tillich** forderte im Zuge der Beratungen
im Bundesrat flankierende Maßnahmen zur
Nutzung erneuerbarer Energien. Dazu sollten
laut Bericht der *Dresdner Neuesten
Nachrichten* mindestens 100 Millionen Euro
in einem Programm aufgelegt werden, mit
dem jährlich die Anschaffung dezentraler
Speicher für Strom aus Solar-energie gefördert
wird. „Wir befürworten den Ansatz von
Ministerpräsident Tillich“, so Dr. **Axel
Viehweger**, Vorstand des Verbandes
Sächsischer Wohnungsgenossenschaften.
„Viele sächsische Woh-

nungsgenossenschaften setzen bereits auf
erneuerbare Energien, können diese aber
noch nicht speichern. Ideal wären neben
dezentralen Stromspeichern auch Wärmespeicher.“
Diese seien eine wichtige Voraussetzung
für die Energiewende, da sie die stark
schwankende Produktion aus erneuerbaren
Quellen tageszeitunabhängig an die Nachfrage
anzupassen helfen.

Die Länderkammer kann die Kürzungspläne
der Bundesregierung nicht komplett stoppen.
Sollte der Vermittlungsausschuss zu keinem
Ergebnis kommen, könnte der Bundestag
das ursprüngliche Gesetz mit absoluter
Mehrheit doch noch durchsetzen. Im
Vermittlungsausschuss könnten aber
erhebliche Korrekturen durchgesetzt
werden. (schi) ■

Wohnraum wird knapp – Soziale Wohnraumförderung muss auch nach 2013 angemessen fortgesetzt werden

Berlin – „Der Wohnraum wird in einigen Ballungsregionen und wirtschaftlich starken Städten gerade für sozial schwächer gestellte Menschen knapp. Daher ist die Förderung von Wohnraum in diesen Regionen unverzichtbar“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen am 11. Mai 2012 anlässlich der Beratung eines Antrags der SPD-Fraktion zur Zukunft der sozialen Wohnraumförderung bis 2019 im Deutschen Bundestag.

„Der Bund muss sich auch nach 2013 mindestens
im bisherigen Umfang an der sozialen
Wohnraumförderung beteiligen“, so
Gedaschko. Sonst drohten erhebliche soziale
Probleme in den Quartieren, bis hin zu
einer sozialen Segregation. Bis 2013 leistet
der Bund einen finanziellen Beitrag für die
Wohnraumförderung an die Länder von
518,2 Millionen Euro jährlich. Über die
Fortführung dieser Transferleistungen verhandeln
Bund und Länder aktuell.

„Der demografische Wandel, die Notwendigkeit
energetischer Sanierungen im Gebäudebestand
und der strukturelle Wandel der Wohnungsmärkte,
der sich regional unterschiedlich vollzieht,
erfordern ein höheres Maß an Engagement in der För-

derpolitik“, so Gedaschko. Zudem sei in
vielen Wohnungsteilmärkten der Umbau
von Bestandswohnungen für das bezahlbare
familien- oder altengerechte Wohnen
erforderlich. Auch durch die zunehmende
energetische Sanierung der Bestandsgebäude
steigen dort die Mieten, was sich vor allem
in einer höheren Mietbelastungsquote der
einkommensschwachen Bevölkerungsteile
niederschlägt. Gegenwärtig zählen rund
20 Prozent der Haushalte in Deutschland zu
den Niedrigeinkommensbeziehern, Tendenz
steigend. Vor allem die zukünftigen
Seniorenhaushalte werden ein deutlich
geringeres Einkommen haben als die
heutigen Rentnerhaushalte. Der soziale
Wohnungsbestand, der vor allem in den
alten Ländern liegt, baut sich jedoch suk-

zessive weiter ab. Laut einer Erhebung der
Fachkommission Wohnungsbauförderung/
SUBVE Bremen bei den Landesförderinstituten
ist der Bestand an gebundenen Mietwohnungen
zwischen 2002 und 2008 in fast allen
Bundesländern gesunken – und dabei teilweise
um über 50 Prozent.

„Es gilt jetzt, die Weichen für eine sichere
Wohnraumförderung auch nach 2013 zu
stellen“, so Gedaschko. „Wir appellieren an
die Länderchefs, sich auch für eine freiwillige
Selbstverpflichtung zur Fortsetzung der
investiven Zweckbindung auf Länderebene
einzusetzen.“ Das würde bedeuten, dass die
Mittel weiterhin für die soziale Wohnraumförderung
eingesetzt würden. (schi) ■

Steuerschätzung: Prognose von Ende 2011 leicht nach oben korrigiert – Kommunen beklagen Finanzdruck

Frankfurt/Oder – Bund, Länder und Gemeinden können im Jahr 2012 und in den Folgejahren mit moderaten Steuermehreinnahmen rechnen, so das Ergebnis einer Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ des Bundesfinanzministeriums vom 8. bis 10. Mai 2012 in Frankfurt/Oder.

Die Prognose vom November 2011 wird für
den gesamten Finanzplanungszeitraum bis
2016 leicht nach oben korrigiert. Die

Einnahmeentwicklung liegt im Trend der
bisherigen Schätzungen, wenn gleich die
Dynamik der Entwicklung im Vergleich zum

Vorjahr nachgelassen hat. Für den Bund
ergeben sich für das Jahr 2012 Mehreinnahmen

Weiter auf Seite 3 ➔

➔ Fortsetzung von Seite 2

nahmen von 2,3 Milliarden Euro gegenüber der Steuerschätzung vom November 2011. Auch Länder und Kommunen profitieren von der Entwicklung. Mit insgesamt rund 234,2 Milliarden Euro beziehungsweise 80,5 Milliarden Euro im Jahr 2012 verzeichnen sie ein hohes Einnahmenniveau. Die öffentlichen Haushalte profitieren weiter von der anhaltend positiven Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung in Deutschland. Das weltwirtschaftliche und europäische Umfeld bleibt allerdings schwierig.

Der prognostizierte weitere Anstieg der Steuereinnahmen helfe den Städten, er ermögliche es ihnen jedoch nicht, in ihren Haushalten neue Steuersenkungen zu verkraften, erklärte der Deutsche Städtetag zur Veröffentlichung der Ergebnisse der Steuerschätzung. „Die Ergebnisse der Steuerschätzung sind erfreulich. Die angespannte

Finanzlage vieler Städte macht aber auch deutlich, dass die Kommunen nicht auf Einnahmen verzichten können. Viele Städte müssen über Jahre hinaus ihre Haushalte unter großen finanziellen Schwierigkeiten aufstellen und können neue Mindereinnahmen nicht verkraften“, so der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude. Der Deutsche Landkreistag machte deutlich, dass die kommunale Finanzsituation trotz erfreulicherweise ansteigender Steuereinnahmen nach wie vor prekär bleibe. Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré, stellte fest, dass der neuralgische Punkt der Kommunalhaushalte auf der Ausgabeseite liege: „Die beständig wachsenden Sozialausgaben nehmen vor allem den Landkreisen, die nicht über eigene Steuereinnahmen verfügen, die Luft zum Atmen.“ Dadurch könnten notwendige Zukunftsinvestitionen etwa im Bereich der Anpassung kommu-

naler Infrastruktur infolge der demografischen Entwicklung letztlich nicht erfolgen, weil keine freien Finanzmittel – zum Beispiel für die Kofinanzierung von wichtigen Projekten – verfügbar seien. „Das ist ein auf Dauer unhaltbarer Zustand!“, so Duppré.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung fließen nun in den Haushaltsentwurf 2013 beziehungsweise in die Finanzplanung des Bundes ein. Seit dem 21. März 2012 sind zudem neue finanzwirksame Herausforderungen entstanden, die in den damaligen Haushaltseckwerten noch nicht berücksichtigt sind, wie etwa der von 2015 nach 2013 vorgezogene deutsche Beitrag für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), oder die finanziellen Mehrbelastungen aus dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst. (schilkott/bäst/kell) ■

➔ Weitere Infos finden Sie unter www.bundesfinanzministerium.de

LANDESPOLITIK

Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf – Am 13. Mai 2012 waren 13.264.231 Wahlberechtigte in Nordrhein-Westfalen (NRW) aufgerufen, das dortige Landesparlament zu wählen. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,6 Prozent.

Insgesamt werden dem 16. Landtag in NRW 237 Abgeordnete angehören. Das sind 56 mehr als bisher. Die Zahl kommt durch Überhangs- beziehungsweise Ausgleichsmandate zustande. (schi) ■

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis:

Partei	Stimmenanteil in %	Sitze
CDU	26,3 %	67
SPD	39,1 %	99
FDP	8,6 %	22
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	11,3 %	29
DIE LINKE	2,5 %	-
PIRATEN	7,8 %	20

Quelle: Landeswahlleiterin Nordrhein-Westfalen



Foto: www.anke-rehlinger.de

Anke Rehlinger übernimmt Bauressort im Saarland

Saarbrücken – Im kleinsten deutschen Bundesland ist Anke Rehlinger (SPD) am 9. Mai 2012 als neue Umwelt- und Verbraucherschutzministerin vereidigt worden. Zu ihrem Aufgabenbereich zählt neben dem Justizressort unter anderem der Bereich „Landes- und Stadtentwicklung“, zu dem auch das Themenfeld „Bauen und Wohnen“ gehört. Wie alle anderen Ministerien im Saarland wird auch das Umweltministerium nach dem Willen der Koalitionspartner völlig neu strukturiert. So verantwortet Rehlinger neben dem Umweltschutz zusätzlich auch die Landwirtschaft.

Die 36-jährige SPD-Politikerin und Rechtsanwältin ist seit 1998 SPD-Mitglied und seit 2006 Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Merzig-Wadern. Sie gehört dem saarländischen Landtag seit 2004 an.

Von 2008 bis 2009 war sie Vorsitzende des Ausschusses für Europafragen sowie Fragen des Interregionalen Parlamentarierates und seit 2009 Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Kultur und Medien sowie Vorsitzende des Untersuchungsausschusses „Grube Reden“.

(schi) ■

Wohnungspolitik in Berlin: „Zeit zu handeln!“

Berlin – Aus Sicht der 142 Berliner Mitgliedsunternehmen des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) entwickelt sich der Berliner Wohnungsmarkt weiterhin sehr positiv. Der Wohnungsleerstand ging bei ihnen auch 2011 deutlich zurück, während die Investitionen auf den höchsten Stand seit rund zehn Jahren kletterten. „Trotz des guten Panoramas sind wir aber nicht frei von Sorge“, so BBU-Vorstand Maren Kern bei der Vorstellung der Ergebnisse der neuesten Mitglieder-Statistik des Verbandes.

„Die Wohnungspolitik steht auf der Agenda des Senats. Sie ist ein wesentlicher Teil der Koalitionsvereinbarung, und wichtige Diskussionen und erste Projekte sind schon angestoßen worden“, sagte Kern. „Diese Ansätze müssen jetzt stringent und konsequent zu umsetzbaren Konzepten weiterentwickelt werden. Diese Grundlagen für die weiteren politischen Entscheidungen müssen aber schneller gelegt werden. Es ist Zeit zu handeln. Neue Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung werden in Berlin immer dringender gebraucht. Unsere Mitgliedsunternehmen wollen hierzu in Wahrnehmung ihrer sozialen Verantwortung einen Beitrag leisten. Dabei brauchen sie aber Unterstützung. Am besten wäre ein Mix aus Anreizen und Förderung.“ Die Überlegung zur kostenlosen Überlassung von 14 Baugrundstücken an landeseigene Wohnungsunternehmen sei hierzu ein erster guter Schritt.

Leerstandsreserve geht praktisch gegen Null

Auf 2,6 Prozent ist die Leerstandsquote bei den BBU-Mitgliedsunternehmen in Berlin 2011 gesunken. In sechs der 12 Berliner Bezirke liegt sie mittlerweile sogar bei maximal zwei Prozent. Bei den BBU-Mit-

gliedsunternehmen stehen nur noch 0,7 Prozent des Bestandes beziehungsweise rund 4.400 Wohnungen aufgrund von Vermietungsschwierigkeiten leer. „In einigen Lagen können unsere Mitgliedsunternehmen nur noch wenige freie Wohnungen anbieten“, erklärte Kern. Auch in Bezirken außerhalb der Innenstadt kommt der Leerstandsabbau zügig voran: In Reinickendorf sank der Leerstand innerhalb eines Jahres beispielsweise um 20 Prozent, in Marzahn-Hellersdorf sogar um 25 Prozent.

Investitionsboom – aber kaum Neubau

Bei den BBU-Mitgliedsunternehmen stiegen die Investitionen auch 2011 wieder – Schwerpunkt bleibt aber mit einem Investitionsanteil von über 96 Prozent der Bestand. Erstmals wurde dabei mehr in Modernisierung als in Instandhaltung investiert. „Die hohen Modernisierungsinvestitionen sind der Beitrag unserer Mitgliedsunternehmen zur Vergrößerung des Wohnungsangebots und der Verbesserung der CO₂-Bilanz in Berlin“, so Kern. Neubau planen sie hingegen wenig: Bis 2016 wollen sie 2.300 Mietwohnungen errichten. „Das Gros der Mieterinnen und Mieter bei den BBU-Mitgliedsunternehmen kann sich Neubaumieten von 8,50 Euro und mehr nicht leisten. Je

weniger unsere Mitgliedsunternehmen aber heute bauen können, desto geringer ist mittel- und langfristig auch ihr mietendämpfender Einfluss auf den Wohnungsmarkt. Vor diesem Hintergrund müsste über einen Mix aus Neubauanreizen und -förderung nachgedacht werden“, sagte Kern.

Mieten steigen langsamer als Inflation

5,04 Euro pro Quadratmeter und Monat nettokalt zahlte ein Mieterhaushalt im Dezember 2011 durchschnittlich bei einem BBU-Mitgliedsunternehmen in Berlin. Das waren zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Im gleichen Zeitraum stieg das allgemeine Preisniveau um 2,4 Prozent. Bei den warmen Wohnkosten fiel die Steigerung mit 1,7 Prozent auf 7,67 Euro pro Quadratmeter und Monat etwas schwächer aus. „Die moderate Mietentwicklung ist Ausweis der hohen Verantwortung für Stadt und Menschen, die unsere Mitgliedsunternehmen wahrnehmen. Sie wirken mietdämpfend und sichern so den sozialen Frieden“, unterstrich Kern. Im Vergleich zum Berliner Mietspiegeldurchschnitt (5,21 Euro) sind die Nettokaltmieten im preisfreien Bestand der Berliner BBU-Mitgliedsunternehmen (4,95 Euro) um rund 26 Cent niedriger.

(ebe) ■

Rekordjahr: Bayerische Wohnungsunternehmen investieren 2011 über 1,26 Milliarden Euro

München – Die Mitglieder des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW Bayern) haben 2011 für Neubau, Modernisierung und Instandhaltung 1,26 Milliarden Euro ausgegeben. Das sind knapp acht Prozent mehr als im Vorjahr. Sie errichteten rund 2.300 Wohnungen, darunter fast 1.300 Sozialwohnungen. Das zeigen aktuelle Zahlen des VdW Bayern im Vorfeld des Verbandstages, der am 23. Mai 2012 in Augsburg stattfindet.

Die Neubau-Investitionen wuchsen 2011 um 13,4 Prozent auf 464,2 Millionen Euro, in die Modernisierung des Wohnungsbestandes flossen 419 Millionen Euro (+9,0 Prozent). Die Ausgaben für Instandhaltungen (382,7 Millionen) blieben auf Vorjahresniveau. Hauptursache für den Anstieg seien die historisch niedrigen Zinsen. Doch auch die um durchschnittlich 7,8 Prozent gestiegenen Baukosten spiegelten sich in den Rekord-Investitionen wider. „Wir können uns keine weiteren Kostensteigerungen leisten“, appellierte Verbandsdirektor Xaver Kroner. Die Zinssituation werde nicht ewig so bleiben und Wohnungsun-

ternehmen müssten bei der Finanzierung in Zeiträumen von 25 bis 30 Jahren kalkulieren.

Zahl der bayerischen Sozialwohnungen sinkt weiter

Im Jahr 2011 verloren 4.257 Wohnungen ihren Status als Sozialwohnung. Neu errichtet wurden 1.296 geförderte Wohnungen (-18,3 Prozent). Damit setzt sich ein seit Jahren anhaltender Trend fort. Der VdW Bayern erwartet für die nächsten vier Jahre das Auslaufen von Sozialbindungen bei weiteren 30.000 Wohnungen. Insgesamt haben die Verbandsmitglieder 117.692

Sozialwohnungen im Bestand, vor 10 Jahren waren es noch 180.000.

Warnung vor Kostensteigerungen beim Wohnungsbau

Für die Mitgliedsunternehmen werde es zunehmend schwierig, bezahlbare Wohnungen anzubieten. „Durch den anhaltenden Immobilienhype und steigende Bau-standards haben sich Grundstückspreise und Baukosten enorm erhöht“, sagte Kroner. Die Durchschnittsmiete von 4,97 Euro sei zwar immer noch sehr günstig, aber der Kostendruck wachse von allen Seiten.

Weiter auf Seite 5 ➔

Baden-Württemberg: Wirtschaftsminister Schmid kündigt Überarbeitung der Wohnraumförderung an

Ulm – Der baden-württembergische Minister für Finanzen und Wirtschaft, Dr. Nils Schmid, hat vor 70 Vertretern von Mitgliedsunternehmen der Vereinigung baden-württembergischer kommunaler Wohnungsunternehmen (KoWo) am 10. Mai in Ulm über die Grundsätze der Wohnungspolitik in Baden-Württemberg gesprochen. Zur Begrüßung betonte er die Bedeutung der kommunalen Wohnungsgesellschaften sowohl für die Wohnraumversorgung als auch für die Energiewende.

Die kommunalen Wohnungsunternehmen, die seit den 1990er Jahren bereits 60 Prozent ihres Bestandes energetisch modernisiert haben, sehen sich durch die derzeitige Ausgestaltung der Förderprogramme benachteiligt. Scharfe energetische Vorgaben sind inzwischen auch mit der Wohnraumförderung verknüpft. Diese Vorgaben führen unter sonst gleichen Bedingungen zur Unwirtschaftlichkeit der Investitionen, weswegen die kommunalen Wohnungsunternehmen sich mit der Inanspruchnahme von Mitteln aus den Programmen gegenüber einer kapitalmarktfinanzierten Investition deutlich verschlechtern. Dies auch, weil ein großer Teil der notwendigen Subventionen wegen des aktuell niedrigen Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt verloren geht. Dabei ist der Bedarf für preiswerten Wohnraum gerade in den Ballungsgebieten groß.

Minister Dr. **Nils Schmid** erkannte diese Kritik an und versprach eine Evaluierung des nun seit einem Jahr bestehenden Wohnraumförderungsprogramms. „Wir werden genau auswerten, wie stark energetische Kriterien wirklich angewendet werden müssen. Dabei legen wir großen Wert auf den Austausch mit den Wohnungsunternehmen, um die differenzierten Erfahrungen aus der Praxis bei der Weiterentwicklung dieses und anderer Programme berücksichtigen zu können“, so Schmid.

Die Vertreter der kommunalen Wohnungsunternehmen übten auch in der anschließenden Diskussionsrunde mit dem Minister sachliche Kritik und gaben konstruktive Anregungen. Es wurde deutlich, dass sie

ihrem Auftrag, bezahlbaren Wohnraum anzubieten, weiterhin intensiv nachkommen wollen. Dazu benötigten sie geeignete Rahmenbedingungen. Das Landeswohnraumförderungsprogramm müsse dementsprechend in erster Linie ein soziales Programm bleiben.

Baden-Württemberg setzt sich beim Bund dafür ein, dass ab 2014 wieder die gleichen Mittel für die Wohnraumförderung bereitgestellt werden. Allerdings will der Bund die Gelder hier herunterfahren. Die Länder können einen solchen Wegfall aus eigener Kraft nicht kompensieren. Die Landesregierung fordert, dass der Bund den Ländern entweder mehr finanzielle Spielräume oder mehr Mittel für Zukunftsaufgaben zur Verfügung stellt.

Über die Mittelkürzung im Bundesprogramm „Soziale Stadt“ waren die Länder laut Schmid erschrocken. Baden-Württemberg engagiere sich über die Bauministerkonferenz, dass die Kürzung zurückgenommen wird. Schmid versprach, den Druck aufrechtzuerhalten, um die erfolgreiche Arbeit des Programms fortzusetzen. Die Landesregierung plane außerdem, die Städtebau- und die Wohnungsbauförderung stärker miteinander zu verknüpfen. „Wir prüfen weitere Möglichkeiten zur Verzahnung, da es zahlreiche inhaltliche Zusammenhänge gibt“, sagte Schmid. „Die Aufwertung des städtebaulichen Umfeldes stößt private Investitionen in die Wohnraumsanierung an. Die Städte stehen heute vor zahlreichen Herausforderungen wirtschaftlicher, städtebaulicher und sozialer Art. Sie müssen so gestaltet wer-

den, dass die Menschen dort jetzt und in Zukunft gern leben und arbeiten.“

„Wir haben uns sehr über die Möglichkeit des direkten und wertvollen Austausches mit Minister Dr. Schmid gefreut“, sagte **Peter Bresinski**, Vorsitzender der KoWo. „Ich hoffe, wir konnten ihm verdeutlichen, dass uns die Sorge umtreibt, wie wir in Zukunft unsere Arbeit in den Städten und Gemeinden sozial ausgewogen erfüllen. Die kommunalen Wohnungsunternehmen haben einen großen Teil ihrer energetischen Hausaufgaben schon gemacht und werden auch intensiv daran weiterarbeiten. Diese beiden Handlungsfelder müssen aber sinnvoll miteinander verknüpft werden.“

Im Anschluss wurde die Landeswohnraumförderungs politik bei einer Podiumsdiskussion weiter vertieft. Teilnehmer waren Ministerialrat Dr. **Eckert Meyberg**, Leiter des Referats Wohnungswesen im Finanz- und Wirtschaftsministerium, **Wilfried Heger**, Bereichsleiter Wohnungsunternehmen der L-Bank, **Peter Bresinski**, KoWo-Vorsitzender, **Robert an der Brügge**, Vorsitzender des Verbandsrats des Verbands baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen, und Dr. **Frank Pinsler**, Geschäftsführer der Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH. Die Beteiligten sowohl von Politik und Verwaltung als auch von den kommunalen Wohnungsunternehmen waren sich einig, dass das Landeswohnraumförderungsprogramm überarbeitet werden muss. Die Wohnungsunternehmen leisteten dazu einen wertvollen Beitrag aus der Praxis.

(bres/schi) ■

➔ Fortsetzung von Seite 4

In den Augen der Wohnungssuchenden seien natürlich an erster Stelle Vermieter und Verkäufer für die Preise verantwortlich, doch gebe es noch eine Vielzahl weiterer Akteure, die für die Preissteigerungen verantwortlich seien.

Die Europäische Union übe mit Vorschriften wie der Gebäuderichtlinie Einfluss auf die Baukosten aus und mische sich über das Wettbewerbsrecht in die Grundstücksver-

gabe ein. Vom Bund beschlossene Regelungen wie die Energieeinsparverordnung oder die Trinkwasserverordnung führten ebenfalls zu höheren Kosten. Auch die Länder hätten über Baustandards, steuerliche Rahmenbedingungen und die Ausstattung der Landesmittel für die Wohnraumförderung Einfluss auf die Wohnkosten. Nicht zu vergessen seien die Kommunen, die mit Vorgaben zur Grundstückspolitik, Baulandpreisen und städtischen Gebühren ihren Teil zu den Kosten beitrügen.

Wohnraumförderung im Freistaat erhöhen

Bayern sei bei der Wohnraumförderung mit Landesmitteln zwar vergleichsweise gut ausgestattet, habe in vielen Regionen aber auch den meisten Zuzug. „Angesichts der aktuellen Herausforderungen, Schwund von Sozialwohnungen, Schaffung von altersgerechtem Wohnraum und energetische Sanierung des Wohnungsbestandes sollten die Fördermittel deutlich erhöht werden“, forderte Kroner.

(stra) ■

VSWG begrüßt einheitlichen Stadtumbauansatz des sächsischen Innenministers und fordert Einbeziehung bei Erarbeitung neuer Programme

Dresden – Der sächsische Innenminister Markus Ulbig hat am 9. Mai 2012 eine Regierungserklärung zur Strategie in der Stadtentwicklung des Freistaates Sachsen abgegeben. In seiner Rede umriss der Minister die zentralen Ziele für die nächsten zehn Jahre und zog eine Bilanz dessen, was in der Vergangenheit erreicht wurde. Die Stadtentwicklung steht mit dem demografischen Wandel und der Energiewende vor zwei zentralen Aufgaben.

„Wir begrüßen ausdrücklich den neuen Ansatz, dass der Stadtumbau als Einheit von Rückbau, Neubau, energetischer Sanierung, altersgerechtem Umbau von Wohnungen und der Anpassung der Infrastruktur an den demografischen Wandel betrachtet wird“, so Dr. Axel Viehweger, Vorstand des Verbandes Sächsischer Wohnungsgenossenschaften (VSWG). „Außerdem stehen die Städte und Gemeinden sowie alle Beteiligten mit der Umsetzung der Energie- und Klimapolitik vor einer weiteren großen Herausforderung. Dieser Aufgabe stellen wir uns als Verband und arbeiten aktiv mit am ‚Klimapakt Städte- und Wohnungsbau Sachsen‘, der alle Beteiligten einbeziehen soll“, so der Vorstand weiter. Wichtig dabei sei es, regional passende Lösungen und Quartierslösungen mit den entsprechenden Partnern vor Ort zu finden und zu erarbeiten.

Fördermittel werden aufgrund der allgemeinen finanziellen Entwicklung in allen Bereichen weniger beziehungsweise unsicherer. Die Unterstützung durch den Bund in der Städtebauförderung wird geringer. Die Kompensationsmittel laufen nach 2013 und der Solidarpakt II nach 2019 aus. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wird

seit 2012 ausschließlich aus dem „Energie- und Klimafonds“ finanziert, welcher bereits jetzt nicht in dem geplanten Umfang gespeist wird. „Sachsen hat hier vorgesorgt und seit mehreren Jahren Landesförderprogramme zu sehr guten Zinskonditionen aufgelegt. Allerdings ist die Anpassung und Novellierung des Programms ‚Mehrgenerationenwohnen‘ hinsichtlich ausgeweiteter Programmbausteine und Förderzwecke längst überfällig, obwohl es bereits seit fast einem Jahr in Arbeit ist. Eine schnelle Veröffentlichung ist hier erforderlich“, betonte Dr. Viehweger.

Positiv zu bewerten sei, dass der Freistaat Sachsen den Rückbau von leer stehenden Wohnungen außerhalb der Stadtumbaugebiete 2012 nach einem Jahr Förderpause wieder mit einer Million Euro aus Landesmitteln unterstützt. Damit wurde einer wesentlichen Forderung des VSWG, auch den Rückbau von nicht in Stadtumbaugebieten liegenden leer stehenden Wohngebäuden zu unterstützen, nachgekommen. „Wünschenswert ist jedoch eine Verstärkung der Mittel in den nächsten Jahren, denn die demografische Entwicklung wird sich erst dann wesentlich stärker auswirken“, argumentierte der VSWG-Vorstand.

„Auch die EU-Strukturfonds-Förderung ist ein wichtiges Förderinstrument. Hier sollten vor allem Maßnahmen im Wohnen stärker unterstützt werden, was bisher nicht der Fall war. Die neue Strukturfonds-Förderperiode 2014 bis 2020 erfordert die Erarbeitung neuer operationeller Programme im Freistaat Sachsen und eröffnet so neue Perspektiven in der Ausrichtung, in die wir als Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften mit einbezogen werden möchten, um gemeinsame integrierte Ansätze zu finden. Gern bieten wir dem Freistaat dazu unsere Mitarbeit an. Grundlegende Voraussetzung ist jedoch die Beibehaltung der Freiwilligkeit, Bezahlbarkeit und die Wirtschaftlichkeit sämtlicher Maßnahmen, damit die Wohnungsgenossenschaften nicht überfordert werden. Bei allen zu lösenden Aufgaben, die vor uns stehen, wie die Bewältigung der Energiewende und der demografischen Entwicklung mit einer schrumpfenden sowie älter werdenden Bevölkerung, muss immer die soziale Verantwortung im Vordergrund stehen. Die Bezahlbarkeit des Wohnraumes und die Bedürfnisse der Menschen selbst an das Wohnen dürfen nicht vergessen werden“, fasste Dr. Axel Viehweger zusammen.

(jakschi) ■

Zehn Hochschulabsolventen (HfWU) mit dem vbw-Immo-Preis ausgezeichnet

Baden-Baden – Der Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen (vbw) hat zehn Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs Immobilienwirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen (HfWU), die ihr Studium mit hervorragenden Noten abgeschlossen haben, mit Geldpreisen ausgezeichnet. „Eine gute Qualifikation von jungen Fachkräften in der Branche ist wichtig. Wir wollen mit dem vbw-Immo-Preis die besten Leistungen honorieren“, sagte Gerhard A. Burkhardt, Präsident des vbw, bei der Übergabe der Preise.

Die Preisverleihung fand im Rahmen des vbw-Verbandstags in Baden-Baden statt. Vor den rund 300 Vertretern der baden-württembergischen Wohnungswirtschaft lobte Burkhardt das Engagement der Absolventen und die Themenvielfalt der Arbeiten. Die Inhalte reichten von der Vertragsgestaltung bei Öffentlich-Privaten-Partnerschaftsprojekten (ÖPP) bis hin zu einem System zur Berechnung von Instandsetzungskosten in Bezug auf die Immobilienbewertung von Wohn- und Büroobjekten. „Die Hochschule leistet eine hervorragende Arbeit“, dankte Burk-



Die vbw-Immo-Preisträger bei der Preisverleihung durch Verbandsdirektorin Sigrid Feßler (r.), Präsident Gerhard A. Burkhardt (2. v. r.) sowie Prof. Dr. Andreas Marchtaler (l.).

hardt den anwesenden Professoren Dr. Andreas Marchtaler, Dr. Markus Mändle und Dr. Dieter Rebitzer. Angesichts der demografischen Entwicklung appellierte Burkhardt an die Kollegen aus der Branche, bei der Aus- und Weiterbildung von qualifiziertem Personal nicht nachzulassen. „Wir benötigen aufgrund der steigenden Anforderung immer stärker spezialisierte Fachkräfte. Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft bietet in jedem Fall gute Chancen für junge Menschen“, so der vbw-Präsident.

(schulschi) ■

Novellierte Trinkwasserverordnung

4. Juni 2012, Berlin

Am 1. November 2011 trat die novellierte Trinkwasserverordnung (TrinkwV) in Kraft. Somit ergeben sich erhöhte Anforderungen an Betreiber von Trinkwasserinstallationen. Die TrinkwV verweist mehrfach auf die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik. Diese werden zurzeit in der Trinkwasser-Installation neu geschrieben – zum Beispiel Inspektions- und Wartungsarbeiten. Dies wird topaktuell vermittelt.

Weitere Infos: BBA, Nico Krüger, Telefon: 030/23085521, Internet: www.bba-campus.de/kalender

Home Staging: Mehr Erfolg durch Innengestaltung

6. Juni 2012, Bochum

Home Staging bedeutet, eine Immobilie so herzurichten, dass sie möglichst vielen potenziellen Käufern gefällt und daher schnell und zu einem guten Preis verkauft oder vermietet werden kann. Im Seminar werden die Teilnehmer die wichtigsten Schritte des Home Staging kennen lernen und das Gelernte an vielen Exposés gleich ausprobieren.

Weitere Infos: EBZ, Claudia Bovenschulte, Telefon: 0234/9447515, E-Mail: c.bovenschulte@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de/ebz-akademie

Abnahme und Übergabe von Wohn- und Gewerberäumen

13. Juni 2012, Erfurt

Bei der Wohnungs- und Gewerberaumabnahme muss der Eigentümergebote fachlich und kommunikativ sattelfest sein. In diesem Seminar werden anhand zahlreicher Sachverhalte aus der Praxis für die Praxis Vorschläge und Lösungsmöglichkeiten angeboten. Hinzu kommt die praktische Übung mittels Videotraining.

Weitere Infos: MFA, Telefon: 0361/34010224, E-Mail: mfa@vtw.de, Internet: www.vtw.de/mfa

PERSÖNLICHES

Helmut Mildner, Geschäftsführer der NUWOG Wohnungsgesellschaft der Stadt Neu-Ulm GmbH, feierte am 13. Mai 2012 seinen 60. Geburtstag. Er ist Delegierter zum GdW Verbandstag und gewähltes Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Wohnungsunternehmen.

Am 14. Mai 2012 vollendete **Simone Kalew**, Geschäftsführerin der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. Chemnitz, ihr 50. Lebensjahr. Sie ist Mitglied im GdW Verbandsrat und in der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Wohnungsunternehmen.

Hans-Joachim Ruhland, Verbandsdirektor des Verbands Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V. (vtw.), feierte am 16. Mai 2012 seinen 60. Geburtstag. Er ist Mitglied in der Konferenz der Verbände und in der Konferenz der Verbandsdirektoren.

Am 17. Mai 2012 vollendete **Roswitha Sinz**, Leiterin der Abteilung „Interessenvertretung“ des Verbands der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen e. V. (VdW Rheinland Westfalen), ihr 60. Lebensjahr. Sie ist ständiges Gastmitglied im GdW Fachausschuss Stadterneuerung und Stadtentwicklung.

IMPRESSUM

wi Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin: Katharina Burkardt
Redaktion: Klaus Schrader, Andreas Schichel

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel. 030 82403-151
Fax 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg
Tangstedter Landstraße 83
22415 Hamburg
Tel. 040 520103-0
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:
Tel. 0180 5050169*
Fax 0180 5050441*
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de
*0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 0,42 €/Min. mobil. Ein Service von dtms.

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:
107 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abbestell- und Abbestellkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Nur Originalbeiträge. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Nachdruck oder elektronische Weiterverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

Anzeige

DR. KLEIN
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Konditionen am 15.05.2012 für wohnungswirtschaftliche Finanzierungen:

Zinsbindung	Sollzins	effektiv
5 Jahre	2,01%	2,03%
10 Jahre	2,64%	2,67%
15 Jahre	3,00%	3,04%

Bedingungen: Erststellige Grundschuld auf wohnungswirtschaftlichen Objekten
Beleihungsauslauf 60%
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.
3 Monate bereitstellungszinsfrei
keine Gutachterkosten oder Bearbeitungsgebühren

Zurückliegende Veröffentlichungen zur Zinsentwicklung finden Sie unter www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html
Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, www.drklein.de

Zinsentwicklung bis 15.05.2012
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

wi Online-Archiv

Das Online-Archiv der wi steht Ihnen unter <http://archiv.hammonia.de> zur Verfügung.

Hier finden Sie auch eine Kurzanleitung zum Online-Archiv. Um auf das Online-Archiv der wi – zeitversetzt um zwei Monate – zugreifen zu können, benötigen Sie das aktuelle Passwort.

Das aktuelle Passwort für den Monat Mai: Neuland

21. Juni 2012, Nürnberg

Konferenz zum Potenzial großer Wohnsiedlungen bei Klimaschutz und Energiewende

Mit der Konferenz „Klimaschutz und Energiewende – das Potenzial der großen Wohnsiedlungen“ setzt der GdW in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V. seine Strategie fort, die Zukunft der großen Wohnsiedlungen des Mietwohnungsbaus des 20. Jahrhunderts stärker in das Zentrum der politischen Aufmerksamkeit zu rücken.

Anliegen der vom Bundesbauministerium unterstützten Tagung in Nürnberg ist der bundesweite Austausch darüber, welchen besonderen Beitrag die großen Wohnge-

bierte zu Klimaschutz und Energieeinsparung leisten können – und zwar so, dass die gefundenen Lösungen für die Bauherren wirtschaftlich tragbar und für die Mieter bezahlbar sind.

Auf der Tagung werden übertragbare Beispiele und der aktuelle Stand der fachpolitischen Diskussion zur Erneuerung großer Wohnsiedlungen vorgestellt. Die Konferenz

schließt mit einer Exkursion zu innovativen Beispielen der Siedlungserneuerung.

➔ [Weitere Infos unter www.gross-siedlungen.de](http://www.gross-siedlungen.de)

Mändles „Wohnungs- und Immobilienlexikon“

Das „Wohnungs- und Immobilienlexikon“ der Professoren Dr. Markus und Dr. Eduard Mändle von der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen (HfWU), kürzlich in zweiter Auflage erschienen, ist das Nachschlagewerk für alle, die im Beruf mit Immobilien zu tun haben. Experten, darunter auch Christian Gebhardt, Referent für Betriebswirtschaft beim GdW, und die GdW-Genossenschaftsreferentin Monika

Kegel, schreiben kurz und präzise zu Themen rund um die Immobilie. Auf 1.200 Seiten bietet das Werk Praktikern sowie Lehrenden in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Jurisprudenz, Sozialwissenschaften, aber auch Architektur und Bauwesen eine umfassende, qualifizierte und rasche Orientierungsmöglichkeit. Insgesamt 1.800 Einträge von 200 Fachautoren verschaffen einen kompetenten Überblick zu allen Fragestellungen. Zum breiten Themenspektrum gehören neben Bewirtschaftung und Vermietung, Baurecht und

Immobilienwirtschaft auch aktuelle Informationen zu Gebieten wie alternative Energien oder Genossenschaftsrecht.

➔ **Bestellung über**
www.immo-medien-welt.de, 148 Euro,
2. Auflage 2011,
Verlag Haufe-Lexware,
ISBN 978-3-87292-300-4



Recht so

Kündigungsmöglichkeiten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben des Vermieters durch „nahestehende“ juristische Personen

Mit Urteil vom 9. Mai 2012 (Az.: VIII ZR 238/11) hat der Bundesgerichtshof (BGH) die Kündigungsmöglichkeit zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben des Vermieters durch eine ihm „nahestehende“ juristische Person bejaht. In dem der Entscheidung zugrundeliegenden Fall beanspruchte der Kläger, der als Körperschaft des öffentlichen Rechts organisierte Evangelische Kirchenkreis Düsseldorf, als Vermieter die Räumung einer Wohnung in einem Mehrfamilienhaus. Die Kündigung wurde damit begründet, dass das Objekt, einschließlich der Wohnung, für die Unterbringung einer Beratungsstelle benötigt wurde, welche von der Diakonie Düsseldorf e.V. betrieben wird. Der BGH bejahte die ordentliche Kündigung des Evangelischen Kirchenkreises gemäß § 573 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) aufgrund eines berechtigten Interesses. So gehöre die Diakonie Düsseldorf e.V. ebenso wie der Kläger zum Gesamtkomplex der Evangelischen Kirche und sei eine „nahestehende“ juristische Person, deren Tätigkeit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben auch des Klägers diene.

EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Geläufig ist die Kündigung wegen Eigenbedarfs gemäß § 573 Absatz 1, Absatz 2 Nr. 2 BGB, wonach ein berechtigtes Interesse des Vermieters an der Beendigung des Mietverhältnisses vorliegt, wenn der Vermieter die Räume als Wohnung für sich oder etwa für Familienangehörige benötigt. Gemeint ist etwa der Fall, wenn Eltern die Wohnung kündigen, damit zukünftig ihre Kinder darin leben können. Um in der Sprache des BGH zu bleiben, gehören die Kinder selbstverständlich zum „Gesamtkomplex“ Familie. Hier gehört die Diakonie zum ‚Gesamtkomplex‘ der Evangelischen Kirche. Die Besonderheit besteht eigentlich nur darin, dass der hier entschiedene Sachverhalt von einer juristischen und nicht von einer natürlichen Person handelt. Von einer Erweiterung der Kündigungsmöglichkeit zu sprechen, wäre hier verfehlt.“



Foto: Sebastian Schnobert

ZAHL DER WOCHE

57

Prozent der Menschen ab 65 Jahren sind Frauen.

Männer stellen einen Anteil von 43 Prozent der gegenwärtig rund 17 Millionen Menschen über 65 Jahren. Dieses Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern lässt sich zum einen auf die höhere Lebenserwartung der Frauen zurückführen. Zum anderen sind hier noch immer die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs sichtbar. Viele Männer der heutigen Rentnergeneration sind frühzeitig im Krieg gestorben.

Mit dem Nachrücken von Generationen, die vom Krieg weniger betroffen waren, hat sich dieses Ungleichgewicht in den vergangenen Jahren jedoch stetig verringert. 1990 lag der Frauenanteil in der Altersklasse ab 65 Jahren noch bei 66 Prozent. Insgesamt hat in Deutschland derzeit jede fünfte Person das Rentenalter bereits erreicht.